



„Moscheen für Integration – Öffnung, Vernetzung, Kooperation“: Das Wichtigste auf einen Blick

Ein Förderansatz im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz

Im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz (DIK) haben das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) den Förderansatz „Moscheen für Integration – Öffnung, Vernetzung, Kooperation“ aufgelegt. Eine festliche Auftaktveranstaltung im BMI gab am 15. November 2019 den Startschuss für den Förderansatz.

Verlängerung um ein weiteres Jahr

Aufgrund der pandemischen Lage kam es im Förderansatz zu Verzögerungen. Damit das Projekt sich im geplanten Umfang entfalten kann, wurde „Moscheen für Integration: Öffnung, Vernetzung, Kooperation“ um ein weiteres Jahr, bis Ende 2023, verlängert. Auf diese Weise bietet das Pilotvorhaben den rund 70 teilnehmenden Partnergemeinden die Möglichkeit, das im Förderansatz gewonnene Wissen in die Praxis umzusetzen und bereits angestoßene Prozesse und Projekte innerhalb der Gemeinden nachhaltig zu verstetigen.

Für ein gutes Miteinander mit Moscheegemeinden

Mit „Moscheen für Integration“ werden innovative Wege erprobt, mittels derer die Vernetzungs- und Integrationsbestrebungen muslimischer und alevitischer Gemeinden in ihrem jeweiligen kommunalen und nachbarschaftlichen Umfeld honoriert und gestärkt werden. Der Förderansatz setzt dabei erstmals auf kommunaler Ebene direkt bei den Gemeinden und ihren jeweiligen Aktivitäten und Angeboten an. Damit will „Moscheen für Integration“ dazu beitragen, dass die zivilgesellschaftliche Arbeit, die Moscheen und alevitische Cem-Häuser leisten, nachhaltiger, sichtbarer und somit insgesamt zugänglicher wird. Ziel ist es, die teilnehmenden Gemeinden bei der Professionalisierung ihrer ehrenamtlichen Arbeit zu unterstützen. Die Beteiligung und Einbindung von Moscheegemeinden und den dort aktiven Musliminnen und Muslimen in kommunalen und örtlichen Strukturen, Verwaltungsabläufen und Initiativen sollen verbessert und verstetigt werden.

„Moscheen für Integration“ als Teil der Heimatpolitik

Gefördert werden zum Beispiel Angebote von Moscheegemeinden in der Beratung und Sozialarbeit. Hierbei trägt „Moscheen für Integration“ dazu bei, ehrenamtliche Angebote auszubauen, nachhaltig zu stärken und strukturelle Voraussetzungen für die Anerkennung von muslimischen und alevitischen Gemeinden als Träger der sozialen Arbeit zu schaffen.



Gleichzeitig unterstützen die Trägerorganisationen ihre Partnergemeinden bei der Planung und Umsetzung gerade kurzfristiger Bedarfe zu den Themen Kommunikation, Finanzierung und Recht sowie im Projektmanagement. Dies hat zum Ziel, dass die teilnehmenden Gemeinden in ihrer Organisation gestärkt werden und Kompetenzen erlangen, bestehende Angebote zu professionalisieren und nachhaltig zu leisten. Die Gemeinden werden befähigt, ihr Engagement nach außen professionell sichtbar zu machen, unter anderem durch Außenkommunikation in deutscher Sprache.

Ein wichtiger Baustein sind zudem Maßnahmen, die dazu dienen, sich in das lokale Umfeld hinein zu öffnen und mit der Nachbarschaft in der jeweiligen Kommune zusammenzuarbeiten. Um Netzwerke auf- beziehungsweise auszubauen und Plattformen für den regelmäßigen Austausch unterschiedlicher Akteure zu schaffen, sollen unter anderem bestehende Dialogformate verstetigt und neue etabliert werden. Die Maßnahmen zur Vernetzung vor Ort dienen einerseits der Professionalisierung der Gemeindearbeit und helfen andererseits, dass Moscheegemeinden in ihrem jeweiligen nicht-muslimischen Umfeld selbstverständlicher dazugehören, als Teil der Nachbarschaften und Stadtteile sichtbarer werden und anerkannt sind. Damit trägt „Moscheen für Integration“ zum Empowerment von muslimischen und alevitischen Gemeinden als zivilgesellschaftliche Akteure bei.

In einem partizipativen Prozess identifizieren die Trägerorganisationen aufbauend auf einer Bedarfsanalyse zusammen mit den Gemeinden Potentiale und erarbeiten passgenaue Konzepte und Maßnahmen. Gemeinsame Ziele werden in Kooperationsvereinbarungen festgehalten.

Die Fördermaßnahmen von „Moscheen für Integration“ umfassen drei Schwerpunktbereiche: Qualifizierung, Stärkung des Selbstverständnisses als zivilgesellschaftlicher Akteur und Verbesserung der Infrastruktur. Auch in der aktuellen Förderphase finden in den Partnergemeinden Maßnahmen im Bereich Qualifizierung statt. Stark nachgefragt sind hier insbesondere Schulungsmaßnahmen zu Projektentwicklung und -management. Die meisten Teilnahmen sind im Bereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu verzeichnen.

In der nun verbliebenen Zeit soll der Schwerpunkt in der Förderung auf der nachhaltigen Verstetigung des bereits Erreichten liegen. Zusätzlich bieten die Träger den MfI-Partnergemeinden in allen vier Teilprojekten weiterhin die Möglichkeit an, eigene kleine Projekte in ihren Gemeinden – sogenannte Mikroprojekte – zu entwickeln, zu beantragen und durchzuführen. Die Träger stehen den Gemeinden in diesem Prozess als Mentor beratend zur Seite.

Das laufende Monitoring des Förderansatzes zeigt, dass bei aller Diversität der teilnehmenden Partnergemeinden eine recht einheitliche Zielsetzung für die Zusammenarbeit mit den Trägerorganisationen zu erkennen ist: Alle Gemeinden sehen in ähnlichen Bereichen Qualifizierungsbedarfe, vor allem in den Bereichen Projektentwicklung/-management sowie Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Auch wünschen sie sich mehrheitlich eine (engere) Vernetzung mit der Kommune (75%) und mit anderen Religionsgemeinschaften (68%).

Um sich in der Rolle als sozialer Akteur verstärkt in die Nachbarschaften hinein zu öffnen und im lokalen Umfeld Kontakte zu knüpfen, sind Formate wie bspw. die Teilnahme an der Internationalen Wochen gegen Rassismus, der Interkulturellen Woche oder dem Tag der offenen Moschee ein wertvoller Anlass für die Moscheegemeinden.

„Moscheen für Integration“ leistet so einen Beitrag zum Erhalt und zur Erneuerung des gesellschaftlichen Zusammenhalts – einem Kernaspekt der Heimatpolitik des Innenministeriums.



Trägerorganisationen als Mentoren der Moscheegemeinden und Brückenbauer zu kommunalen Akteuren

Um mit dem Förderansatz gerade auch kleine oder im Aufbau befindliche Gemeinden zu erreichen, werden sie über die Projektlaufzeit hinweg von großen, erfahrenen und bundesweit aktiven Trägerorganisationen unterstützt und beraten. Folgende Organisationen sind beteiligt:

- Gemeinnützige Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH (DKJS)
- Goethe-Institut e.V.
- Otto-Benecke-Stiftung e.V. (OBS)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V.

Die Trägerorganisationen übernehmen in der Rolle von Mentoren organisatorische sowie fördertechnische Aufgaben und entlasten damit die Strukturen der Gemeinden. Dies garantiert einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zum Förderansatz. Neben der Begleitung der Gemeinden als Mentoren agieren die Trägerorganisationen außerdem als Brückenbauer und Türöffner zu kommunalen Akteuren.

Auswahl der beteiligten Gemeinden

Die Trägerorganisationen haben besonderen Wert daraufgelegt, die Projektstandorte einerseits vielfältig und vielseitig, andererseits aber auch entsprechend der organisatorischen Schwerpunktsetzung der Teilprojekte auszuwählen.

Dabei konnte eine breite Verteilung von Standorten über das gesamte Bundesgebiet in urbanen und ländlichen Räumen erreicht werden. Insgesamt wurden mit Moscheegemeinden aus 14 Bundesländern Kooperationsverträge abgeschlossen. Die Gemeinden bilden einen Querschnitt aus neu gegründeten und etablierten sowie unabhängigen und verbandlich organisierten Gemeinden aus verschiedenen Verbänden. Informationen zu den Beiratsmitgliedern sowie eine Standortliste der an „Moscheen für Integration“ teilnehmenden Gemeinden können Sie auf www.deutsche-islam-konferenz.de einsehen.

Begleitung durch einen Beirat

„Moscheen für Integration“ wird durch einen Beirat begleitet, dem Expertinnen und Experten aus muslimischen Organisationen, aus der Verwaltungspraxis, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft angehören. Der Beirat beobachtet die Durchführung des Förderansatzes kontinuierlich. Er ist Ansprechstelle für die Beteiligten, vertritt den Förderansatz als Multiplikator gegenüber der Fachöffentlichkeit und gibt Impulse für die konkrete Umsetzung. Weitere Informationen zum Beirat finden Sie auf: www.deutsche-islam-konferenz.de

Dreijährige Pilotphase mit wissenschaftlicher Evaluation

Mit dem Förderansatz „Moscheen für Integration“ wurde organisatorisches Neuland betreten. Die Gemeinden erhalten über die Trägerorganisationen eine direkte Unterstützung, um ihre vielfältigen Vorhaben und Projekte umzusetzen. Gemeinden, die am Förderansatz „Moscheen für Integration“ teilnehmen, sind über ganz Deutschland verteilt und in Größe, Struktur sowie ethnischem, kulturellem



und religiösem Hintergrund sehr unterschiedlich. Deshalb werden Förderansatz und Förderweg zunächst in einer dreijährigen Pilotphase erprobt und in dieser Zeit durch die Syspons GmbH begleitet und evaluiert. Der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen das Pilotprojekt und dessen Ergebnisse außerdem in einer Themenheftreihe. Für den Förderansatz „Moscheen für Integration“ stehen im Rahmen der Pilotphase seit 2019 insgesamt rund sieben Millionen Euro zur Verfügung.

Die Administration des Förderansatzes, die Koordination der beteiligten Organisationen, Mittelbewilligungen, Mittelzuweisungen und Verwendungsprüfungen liegen in den Händen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Die Fortsetzung bzw. Weiterentwicklung des Förderansatzes über die Pilotphase hinaus wird aktuell geprüft.

Die Deutsche Islam Konferenz

Die Deutsche Islam Konferenz (DIK) wurde 2006 durch das Bundesinnenministerium ins Leben gerufen. Sie ist seitdem das zentrale Forum für den Dialog des Staates mit Akteuren der muslimischen Zivilgesellschaft, muslimischen Organisationen und islamischen Verbänden. Die DIK beschäftigt sich mit alltagspraktischen Fragen ebenso wie mit der Integration des Islam. Ergebnisse sind beispielsweise Vereinbarungen zur muslimischen Seelsorge und Wohlfahrtspflege, die Klärung von Voraussetzungen für islamischen Religionsunterricht, die Initiierung der Einrichtung von Instituten für islamische Theologie an deutschen Universitäten und Empfehlungen zum Moscheebau, zur islamischen Bestattung und zu schulpraktischen Fragen.

Auch in der aktuellen Legislaturperiode seit 2021 wird die DIK fortgesetzt. Ein übergreifendes Ziel bleibt dabei die gesellschaftliche Teilhabe von Musliminnen und Muslimen. „Moscheen für Integration“ ist hierbei eines der Kernvorhaben der DIK. Mehr Informationen zur Deutschen Islam Konferenz und zum Förderansatz „Moscheen für Integration“ finden Sie auf: www.deutsche-islam-konferenz.de

Pressemitteilung zur Fortführung und weiteren Ausgestaltung der DIK:

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2022/01/islam-konferenz.html>

Kontakt für Presseanfragen:

Pressestelle des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge

Telefon: 0911 943-17799

Fax: 0911 943-17798

E-Mail: pressestelle@bamf.bund.de

Internet: www.bamf.de

Hinweis: Die Alevitische Gemeinde Deutschland e.V. (AABF) ist seit langem in der Deutschen Islam Konferenz vertreten. Alevitinnen und Aleviten verstehen sich jedoch nicht durchweg als Muslime oder als integraler Teil des Islams. Sie haben keine Moscheen, sondern Cem-Häuser. Soweit hier und insgesamt im Rahmen des Förderansatzes von Moscheen die Rede ist, so sind damit stets auch alevitische Gemeinden bzw. Cem-Häuser gemeint, die ebenso wie Moscheegemeinden gefördert werden.